

1 Junge Liberale – KV Mannheim

2
3 **Beschlossen auf der Mitgliederversammlung**
4 **am 3. Oktober 2007**



7 8 **Keine Direktwahl des Bundespräsidenten**

9
10 Die Jungen Liberalen lehnen eine Direktwahl des Bundespräsidenten ab. Als politisch neutraler
11 Akteur soll er unabhängig von Wahlkämpfen lediglich repräsentative und integrative Funktionen
12 übernehmen. Der Bedeutung und Legitimation einer direkten Volkswahl wird der Charakter
13 seines Amtes nicht gerecht.

15 16 **Begründung:**

17 Ein mächtiger Präsident ohne direkte Legitimation durch das Volk ist in einer Demokratie nicht
18 zu rechtfertigen. Kaum besser wäre jedoch ein direkt gewählter Präsident ohne politisches
19 Gewicht.

20
21 Der Parlamentarische Rat hat sich bei der Beratung des Grundgesetzes nach den negativen
22 Erfahrungen aus der Weimarer Republik bewusst für einen schwachen Präsidenten entschieden.
23 Kein einzelner Mensch soll in unserer Demokratie so große Macht besitzen wie die
24 Staatsoberhäupter präsidentieller Systeme (z.B. USA). Eine solche Machtkonzentration
25 widerspricht unserem Verständnis einer liberalen Demokratie in einer pluralistischen Gesellschaft.
26 Das Parlament soll das zentrale Organ unseres parlamentarischen Systems sein und die
27 verschiedenen Interessen der Bürger einer pluralistischen Gesellschaft widerspiegeln.

28
29 Ein direkt gewählter Präsident würde zu erheblichen Verfassungskonflikten führen. Er würde
30 gegenüber dem Parlament aufgewertet und wäre stärker legitimiert als die Bundesregierung. Die
31 größeren Entscheidungsbefugnisse der Regierung stünden einer höheren Legitimation des
32 Präsidenten gegenüber. Entscheidungskonflikte könnten das Gleichgewicht unserer Verfassung
33 ins Wanken bringen. Langfristig sind hohe Ansprüche direkt legitimierter Präsidenten nach
34 weiteren politischen Entscheidungskompetenzen und tagespolitischer Einmischung zu erwarten.

35
36 Die Polarisierung eines Präsidentschaftswahlkampfes würde die integrative Funktion und
37 politische Neutralität des Präsidenten sowie seine Distanz zur Tagespolitik gefährden. Vor allem
38 bei knappen Wahlsiegen würde auch seine repräsentative Funktion in Frage gestellt. Anstatt einer
39 übergreifenden Konsensbildung stünden wieder verstärkt Personal- und Parteipolitik im
40 Mittelpunkt der Präsidentschaftswahl. Bei den Bürgern würden falsche Erwartungen an die
41 Präsidentschaftskandidaten geweckt, die bei geringen Entscheidungskompetenzen des Präsidenten
42 kaum zu erfüllen sind. Daraus folgernde Enttäuschungen können das Vertrauen vieler Wähler in
43 die Demokratie weiter schwächen.

44
45 Berechtigte Forderungen nach einer stärkeren Mitsprachemöglichkeit des Volkes sollten nicht
46 durch nebensächliche Scheinwahlen abgetan werden. Mehr direkte Demokratie wird nicht durch
47 die Wahl eines Festredners erreicht, sondern durch die konsequente Einführung
48 direktdemokratischer Elemente im eigentlichen Gesetzgebungsprozess auf Bundesebene. Das
49 Volk hat mehr Mitsprache verdient als die Benennung eines symbolischen Würdenträgers ohne
50 politisches Machtgewicht. Der Bundespräsident ist zwar das höchste, aber nicht das wichtigste
51 Organ in unserem Staat. Der Bedeutung und Legitimation einer direkten Volkswahl wird der
52 Charakter seines Amtes nicht gerecht.